

aktuell



Kassen auf Sanierungskurs:

**Beste Leistung -
weniger Kosten**

Der erfolgreiche Sanierungsweg für die österreichischen Krankenkassen geht weiter: Im heurigen Jahr wurde das Finanzziel um sagenhafte 200 Millionen Euro übertroffen. Eine Erfolgsgeschichte, die eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Denn es ist den engagierten Maßnahmen von Gesundheitsminister Alois Stöger zu verdanken, dass die Finanzierung von Österreichs hervorragendem Gesundheitssystem auch zukünftig gesichert bleibt. Oder anders formuliert: Seit dem Amtsantritt Stögers gesunden die ehemals „kranken Kassen“ immer mehr. Seite 4

„Lückenlose Aufklärung aller Vorwürfe!“ So lautet die Forderung der SPÖ an den Untersuchungsausschuss zu den Affären rund um Telekom, Buwog, Staatsbürger-schaftskäufen und weiteren Undurchsichtig-keiten in staatsnahen Betrieben. Denn für die Sozialdemokratie steht fest: Alles muss auf den Tisch. Nur so kann dafür gesorgt werden, dass die Österreicherinnen und Österreicher wieder Vertrauen in die Politik gewinnen. Seite 5

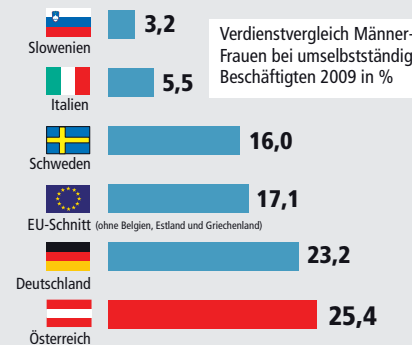
Eure Redaktion



Bernhard Müller, Bürgermeister von Wiener Neustadt und Bundesvorsitzen-der des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ berichtet in seinem Gastkommentar für „Österreich 2020“ über die prekäre Situation von Österreichs Gemeinden und spricht sich für Gemein-deszusammenlegungen im Zuge der Verwaltungsreform aus Seite 14

THEMEN DER WOCHE

Einkommenschere Männer-Frauen



Quelle: APA/Eurostat, Grafik: SPÖ

Frauen verdienen 25 Prozent weniger

Österreichs Frauen bekommen als umselbstständig Beschäftigte durchschnittlich 25,4 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Im Vergleich dazu beträgt der Einkommensunterschied in Italien nur 5,5 Prozent und in Schweden 16 Prozent. Deutschland liegt mit 23,2 Prozent nicht nur geographisch in der Nähe Österreichs. Der EU-Schnitt beträgt 17,1 Prozent. (Seite 7)

Bildungsvolksbegehren: Jede Unterschrift zählt!

Für das Thema Bildung kann es gar nicht genug Unterstützung geben. Vom **3. bis 10. November** kann auf jedem Gemeindeamt für das Bildungsvolksbegehren unterschrieben werden.



Alle Infos unter www.vbbi.at oder bei der Gratis-Info-Hotline 0800 204 400.



Die Erste-Hilfe-Karte wurde gemeinsam mit Experten vom Roten Kreuz, Arbeiter-Samariterbund Österreich, ÖAMTC und ARBÖ erarbeitet.

Erste-Hilfe-Karte rettet Leben

Rasche und effektive Erste Hilfe erhöht die Chancen für die Opfer eines Verkehrsunfalls maßgeblich. Jüngste Untersuchungen zeigen aber: Nur 23 Prozent der Österreicher würden „auf jeden Fall“ Erste Hilfe leisten. „Bei Vielen liegt der Erste-Hilfe-Kurs schon lange zurück“, sagt Verkehrsministerin Doris Bures, „sie sind daher im Notfall verunsichert und haben Angst, etwas falsch zu machen. Im Ernstfall zählt aber jede Sekunde.“ Deshalb gibt es jetzt die Erste-Hilfe-Karte des BMVIT, die anschaulich und Schritt für Schritt die richtigen Maßnahmen und Handgriffe für rasche und kompetente Erste Hilfe zeigt. Die Erste-Hilfe-Karten werden den Zeitschriften der Autofahrerclubs beigelegt, liegen in deren Stützpunkten auf und sind unter 0800 21 53 59 und auf www.gut-reagiert.at erhältlich.

Zitat der Woche

„Zur Stabilisierung der Konjunktur und der Beschäftigung ist vor allem die Kaufkraft wichtig. Daher braucht es jetzt eine angemessene Lohnerhöhung.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Jugend

Mit Beratung und Betreuung zum Lehrabschluss

Eine Novelle zum Berufsausbildungsgesetz setzt neue Schwerpunkte, um Österreichs Fachkräftenachwuchs zu sichern.



Zimmer

2010 wurden fast 22.000 Lehrverhältnisse vorzeitig gelöst, jeder fünfte Lehrling schafft die Lehrabschlussprüfung nicht. „Genau hier wollen wir ansetzen“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Im Einvernehmen mit dem Sozialministerium hat das Wirtschaftsministerium daher eine Novelle zum Berufsausbildungsgesetz in Begutachtung geschickt, die wesentliche Verbesserungen für Lehrlinge und Betriebe bringen wird.

Unter anderem können sich Lehrlinge, Betriebe, aber auch Eltern und Berufsschulen an Beratungs- und Betreuungseinrichtungen wenden, wenn Probleme während der Lehrzeit auftauchen. Damit soll die Zahl der „Lehr-Abbrecher“ reduziert werden. 2012 sollen erste Projekte starten.

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Die Novelle bringt eine Win-Win-Situation für Lehrlinge und Betriebe und ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Absicherung des Fachkräftepersonals.“



Optimismus ist gefragt!

Durch die laufenden Skandale, aber auch die Bedrohungen durch Krisen werden immer mehr Menschen verunsichert. Das Vertrauen in die Politik ist stark gesunken und viele wenden sich ab – zu Recht. Doch was es gerade in diesen schwierigen Zeiten braucht ist: Optimismus. Der Optimismus sich für eine Welt einzusetzen, in der es sich zu leben lohnt!

Die entscheidende Frage ist schließlich: Wie wird Österreich in 5, 10 oder in 20 Jahren aussehen? Werden wir noch den gleichen Lebensstandard haben? Schließlich ist es keine zwei Jahre her, dass die internationale Finanzkrise mit voller Wucht eingesetzt hat. Es kippten reihenweise Firmen in den Konkurs und Betriebe wurden stillgelegt. Eine Abwärtsbewegung, die noch nicht vorbei ist. Auf der ganzen Welt haben hunderttausende ihren Arbeitsplatz verloren. Mit ihnen bangen ihre Familien vor einer unsicheren Zukunft, fürchten Jugendliche um ihren Ausbildungsplatz.

Begleitet wird dies noch von einem politischen Skandal nach dem anderen. Buwog, Telekom & Co. gelten mittlerweile als Synonyme für den schlimmsten Korruptionssumpf der jüngsten Politikgeschichte. Das System Schwarz-Blau hat die Republik mit einem Selbstbedienungsladen verwechselt und dreist in die eigene Tasche gewirtschaftet. Damit wurde der Ruf der Politik nachhaltig ramponiert und der Demokratie großer Schaden zugefügt. Schließlich hätten die unter Beschuss stehenden Politiker für den Staat wirtschaften müssen und nicht für sich selbst. So sieht es jedenfalls der Aufdeckungsjournalist Florian Klenk, der in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ auch angemerkt hat, dass nicht alle Politiker korrupt sind, doch es gab einzelne, ehemalige Minister, die ins eigene Geldbörserl gewirtschaftet haben. Jetzt wird jedoch angefangen alles zu vermischen und am Schluss bleibt für die Bevölkerung übrig: Die Politiker – diese Gauner – sind eh alle korrupt! Und was kann dann passieren? Sie wählen populistische

Parteien, die – wie im Fall der FPÖ – eigentlich selbst im Zentrum des Aufklärungsbedarfs stehen.

Wenn weiterhin das Vertrauen in die Politik sinkt oder gar verloren geht, dann droht ein demokratiepolitischer Super-GAU. Erfolg können jedoch nur jene Kräfte haben, die tatsächliche Lösungen für die Probleme unserer Zeit anbieten und die Bürgerinnen und Bürger stark einbinden. Visionen und Pragmatismus stehen schließlich nicht im Widerspruch.



„Wenn weiterhin das Vertrauen in die Politik sinkt oder gar verloren geht, dann droht ein demokratiepolitischer Super-GAU.“

braucht eine Welt, in der man die Gewissheit hat, dass es halbwegs gerecht zugeht. In der man sich zu einem Staat bekennt, der dazu beiträgt, dass es zu keinen sozialen Unruhen kommt und die Gier nicht den sozialen Frieden überschattet.

Klar, es gibt noch viel zu tun, aber der Weg in diese Welt führt über die Bildungs- und Ausbildungsreform, über die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit. Über die Sicherung des Sozialsystems und über, klare Spielregeln für die Wirtschaft im freien Markt. Für Bremsen und Taktieren ist keine Zeit. Die Politik muss Dinge tun, weil sie gut und richtig für Österreich sind, nicht nur für die jeweilige Partei. Die Politik muss eine Allianz mit den Bürgerinnen und Bürgern eingehen, weil nur jene wirklich gestalten können, die die Menschen hinter sich haben. Dafür muss sich die Politik aber handlungsfähig zeigen und bei der Lebensrealität der Menschen ansetzen. Es braucht eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger einbindet. Aber dazu müssen wir uns noch ordentlich anstrengen. ♦

Doch was ist zu tun? Es braucht eine optimistische Politik! Eine Politik die zeigt, wo sich diese Welt hinentwickeln kann. Es soll eine Welt sein, in der Eltern ihre Kinder als Bereicherung empfinden, weil es genügend Kinderbetreuungsplätze gibt und Kind und Karriere vereinbar sind. Es ist eine Welt in der die Kinder in den Schulen respektiert und ihr Wissenshunger gefördert wird. Eine Welt, in der man eine gute Ausbildung genießt, weil sich auch die Betriebe ihrer Verantwortung bewusst sind. Wo man von seiner Arbeit leben kann – wo sich diese lohnt. Eine Universität die Studierende unterstützt und motiviert, anstatt sie fernzuhalten. Es

Lehmann



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laura.rudas



KRANKENKASSEN

Auf dem besten Weg zur Gesundheit

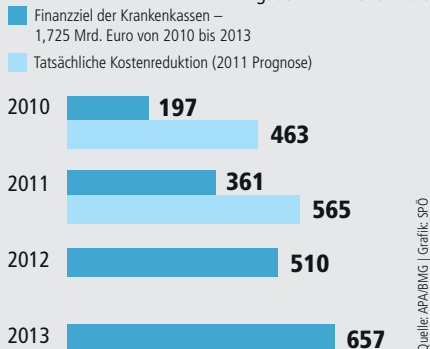
Die Krankenkassen erwirtschaften wieder ein Plus. Statt der geforderten 361 Millionen Euro gelang sogar eine Kostendämpfung von 565 Millionen Euro.

Vor drei Jahren hat Gesundheitsminister Alois Stöger mit seinem Amtsantritt die Verantwortung für die maroden Krankenkassen übernommen und ein Paket geschnürt, um sie zu sanieren. Seine Maßnahmen greifen – und zwar besser und schneller als geplant. Die Krankenkassen sind die wichtigsten Akteure im Gesundheitswesen. Sie sind für die Finanzierung von Arztpraxen, Krankenhäusern oder Medikamenten verantwortlich. Heuer werden die Krankenkassen ihr Finanzziel um mehr als 200 Millionen Euro übertreffen. Schon im Jahr 2010 haben die Kassen dieses „Kunststück“ geschafft: Statt der vereinbarten Kostenreduktion von 197 Millionen Euro wurden es 463 Millionen



Finanzen der Kassen immer besser

Angaben in Millionen Euro



Die Maßnahmen des Gesundheitsministers greifen: Die Kassen übertreffen alle Erwartungen hinsichtlich der Kostendämpfung.

Die wirksamsten Maßnahmen für das beste Gesundheitssystem: Die Patientinnen und Patienten profitieren von den ausgezeichneten Leistungen unseres Gesundheitssystems.

Euro (s. Grafik). Für Bundeskanzler Werner Faymann ist „die positive Entwicklung bei den Kassen besonders erfreulich“.

Gesundheitsversorgung bleibt gleich gut

Leistungsangebot und -umfang für die Patientinnen und Patienten bleiben trotz Kostendämpfung bei den Krankenkassen so gut wie gewohnt. Gesundheitsminister Alois Stöger ist über die finanzielle Entwicklung der Kassen „sehr froh“. Das zeige, dass das Instrument der Finanzziele

gut funktioniere. Die Vorgaben über die Kostenreduktion sind in einem bis ins Jahr 2013 reichenden Kostendämpfungspfad festgelegt. Wenn die Krankenkassen ihre Ziele erreichen, werden sie mit Mitteln aus dem Kassenstrukturfonds unterstützt (heuer: 40 Millionen Euro). Die Finanzziele und der Strukturfonds sind die wirksamsten Instrumente für das beste Gesundheitssystem: Die Kassen haben ihren Schuldenstand in den letzten drei Jahren bereits von 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2008 auf 540 Millionen Euro im Jahr 2010 halbiert.

INTERVIEW

„Gleicher Weg auch bei Spitälern denkbar“

„SPÖ Aktuell“: Die Kassen dämpfen ihre Kosten jährlich stärker als gefordert. Bis wann sollen sie endgültig entschuldet sein?

Alois Stöger: Wir sind auf dem besten Weg, sie bis zum Jahr 2013 schuldenfrei zu bekommen.

Was war ausschlaggebend für diesen Erfolg?

Stöger: Die Vorgabe von Finanzzielen. Wenn die Kassen diese Ziele schaffen, unterstützen wir sie mit Mitteln aus dem Kassenstrukturfonds. Das Instrument hat sich bewährt.

Wenn die Finanzziele so gut funktionieren, warum nicht auch in anderen Bereichen?

Stöger: Ich bin dafür, diesen Weg auch bei der Spitalsfinanzierung einzuschlagen. Es gibt dazu auch schon Gespräche im Rahmen der Spitalsreform.

Der Gesundheitsminister liegt mit seinem Kassensanierungspaket richtig.



Lehmann

U-AUSSCHUSS

Alles auf den Tisch

Der Untersuchungsausschuss zu den Korruptionsaffären im staatsnahen Bereich ist fix. Ab Mitte Oktober werden insgesamt sechs Themengebiete im „Mega-Ausschuss“ untersucht.

Fotolia



Auslöser für den 19. Untersuchungsausschuss der Zweiten Republik war letztlich die „Telekom-Affäre“. Seit August dieses Jahres erschüttern beinahe täglich neue Details die Öffentlichkeit. Mehrere Minister der schwarz-blau-orangen Regierungen stehen in Verdacht, für eine die Telekom Austria begünstigende Politik im Nachhinein finanzielle Zuwendungen bekommen zu haben. Betroffen davon sind etwa die Ex-Infrastrukturminister Hubert Gorbach (zuerst FPÖ, dann BZÖ) und Matthias Reichhold (FPÖ). Weitere Beschuldigte im Zusammenhang mit Korruptionsfällen im staatsnahen Bereich unter Schwarz-Blau-Orange sind die Ex-Minister Karl-Heinz Grasser, der im Verdacht der Untreue bei der Privatisierung der Bundeswohnbaugesellschaft (BUWOG) steht, und Ernst Strasser, unter dessen Amtszeit die umstrittene Neuvergabe des Blaulichtfunks an ein Konsortium um die Telekom Austria fällt. Im Zentrum der Vorwürfe steht auch die mögliche Kursmanipulation durch Telekom-Manager, die in Summe rund neun Millionen Euro an Boni erhalten haben. In allen Fällen ermittelt die Justiz. Und in allen Fällen gilt natürlich die Unschuldsvermutung. Die politische Verantwortung für die mutmaßlichen Korruptionsfälle soll nun im Untersuchungsausschuss geklärt werden.

Schwarz-blaues Ablenkungsmanöver

Um von den genannten Malversationen rund um ehemalige ÖVP- und FPÖ-Minister abzulenken, starteten die Parteien in

den vergangenen beiden Wochen ein Ablenkungsmanöver mit einer Inseratengeschichte aus dem Jahr 2008, die medial hochgepusht wurde. Den genauen Vorwurf in der Sache blieben sie bis heute schuldig. Auch bezüglich des Untersuchungsausschusses war die Strategie von FPÖ und ÖVP durchsichtig: Mit der Forderung, entweder „alles oder nichts“ in einem Untersuchungsausschuss zu behandeln, hofften sie, einen Telekom-Ausschuss verhindern zu können. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. SPÖ-Klubobmann Josef Cap erklärte, dass die SPÖ gerne dazu bereit sei, zusätzlich zu den schwarz-blauen Skandalen auch die Inseratenvergabe zu untersuchen, allerdings zurück bis in das Jahr 2000. „Wir sagen: Wenn untersuchen, dann alles auf den Tisch“, betonte Cap bei einer Sondersitzung im Nationalrat.

Nach dem Vorstoß des SPÖ-Klubobmanns in Sachen Untersuchungsausschuss einigten sich dann rasch alle fünf Parlamentsparteien auf die letztlich sechs Themen der Untersuchung (siehe Kasten). Einem baldigen Start des Untersuchungsausschusses steht somit nichts mehr im Weg: Spätestens bei der Sitzung des Nationalrats am 19. Oktober soll der „Mega-Ausschuss“ beschlossen werden. Ab dann

„Wir sagen: Wenn untersuchen, dann alles auf den Tisch.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap



Rigaud

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

gilt, was für die SPÖ seit Wochen im Vordergrund steht: lückenlose Aufklärung, um das Vertrauen in die Demokratie wieder zu stärken. „Als die FPÖ in der Regierung war, ist das Image der Politik nachhaltig ramponiert und der Demokratie großer Schaden zugefügt worden. Für uns ist es wichtig, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. ♦

INFO

Untersucht wird:

- ▶▶ Verdacht der Untreue und illegalen Absprachen bei der Privatisierung der Bundeswohnbaugesellschaften (Buwog)
- ▶▶ Verdacht von Geldflüssen seitens der Telekom Austria an ehemalige Minister
- ▶▶ Verdacht von Staatsbürgerschafts-Käufen
- ▶▶ Verdacht auf Bestechung bei der Neuvergabe des Blaulichtfunks
- ▶▶ Lockerung des Glücksspielmonopols
- ▶▶ Inseratenschaltungen von Ministerien und staatsnahen Unternehmen

STEUERGEGERECHTIGKEIT

Banken, Konzerne und Spekulanten sollen Beitrag leisten

Die internationale Debatte um gerechtere Steuern und einen Beitrag der Finanzmärkte und der Reichen zu den Kosten der Wirtschaftskrise hält an.

Seit Tagen demonstrieren in New York und anderen US-Städten die Menschen gegen soziale Ungerechtigkeit und den Einfluss der Finanzmärkte. In Österreich hat Bundeskanzler Werner Faymann mit seinem „5-Punkte-Programm für vermögensbezogene Steuern und zur Entlastung des Mittelstandes“ ein klares Konzept vorlegt. Kern des Programms ist die Millionärssteuer und die steuerliche Entlastung mittlerer Einkommen (s. „SPÖ Aktuell“ Nr. 26 & 27).

Die anderen drei Forderungen – Reform der Gruppenbesteuerung, Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern und Finanztransaktionssteuer – zielen auf einen höheren Beitrag der Banken, Konzerne und Finanzmärkte. Schließlich haben sie die Krise mit ausgelöst und wurden zum Teil auch mit Steuergeld aus der Krise gerettet.

Konzerne: Wer zahlt für Verluste?

Die so genannte „Gruppenbesteuerung“ bei Banken und Konzernen wurde 2005 un-



Auch international fordern die Menschen einen höheren Beitrag der Reichen und der Finanzmärkte. In New York demonstrieren seit Tagen Tausende gegen die Macht der Wall Street.

ter Schwarz-Blau eingeführt: Konzerne können Verluste bei der Gründung von Auslandstöchtern im Inland steuerlich gegenrechnen und so Steuern sparen. Die SPÖ-Forderung: Die Verlustanrechnung soll künftig nur mehr für drei Jahre nach Erwerb oder Gründung einer ausländischen Tochter möglich sein. Mit dieser Reform wäre Österreich immer noch im Durchschnitt bei Unternehmenssteuern in der EU.

Manager-Gagen im Visier

Exorbitant hohe Managergehälter und Boni können derzeit unbeschränkt als „Betriebsausgabe“ vom Unternehmen steuerlich abgesetzt werden. Die SPÖ will diesen Steuervorteil einschränken. Haben doch Österreichs Top-Manager die Krise gehaltsmäßig recht unbeschadet überstanden und verdienen wieder so viel wie vor dem Krisenjahr 2008: 2010 bekam ein ATX-Vorstand im Durchschnitt 1,5 Millionen Euro – ganz oben im Gehaltsranking die Banken, denen der Staat mit Steuergeld aus

der Krise geholfen hat. Insofern ist die SPÖ-Forderung ein durchaus gerechter Beitrag: Der Teil der Jahresbezüge, der 500.000 Euro übersteigt, soll künftig nicht mehr steuerlich abgesetzt werden können.

EU-weite Spekulantsteuer

Bis zu einer Milliarde Euro allein in Österreich würde die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer (FTS) bringen. Gerade vor wenigen Tagen hat die EU-Kommission diese in ihr Programm aufgenommen – ein Erfolg auch für Werner Faymann, der seit langem in der EU dafür kämpft. Die FTS soll Käufe und Verkäufe von Wertpapieren mit 0,1 Prozent (Aktien) bzw. 0,01 Prozent (Derivate) besteuern. Für die ganze EU rechnet man mit Einnahmen von rund 55 Milliarden Euro. Die Mehrheit der EU Länder ist schon dafür; jetzt gilt es, die Skeptiker – allen voran die Briten – zu überzeugen. Mögliche Alternative: Die Einführung der FTS nur in der Euro-Zone. ♦

HINTERGRUND

ÖVP im Steuer-Streit

In der ÖVP ist ein offener Konflikt um ein gerechteres Steuersystem ausgebrochen. Sagen manche aus der ÖVP-Regierungsriege – allen voran Finanzministerin Fekter – gebetsmühlenartig Nein zu jedem Beitrag der Reichen und Superreichen, melden sich nun immer mehr ÖVP-Landespolitiker zu Wort, die hier eine Kursänderung wollen. Zuletzt hatte NÖ LH Erwin Pröll eine Solidarsteuer für Spitzenverdiener gefordert und kritisiert, dass sich die ÖVP als „Verteidiger der Superreichen“ geriere. Zustimmung bekam er dafür von seinen VP-Kollegen Pühringer (OÖ) und Sausgruber (Vbg.)

Für die SPÖ ist jeder Vorschlag für mehr Gerechtigkeit willkommen und soll in der Arbeitsgruppe der Koalition diskutiert werden. Klar ist aber auch: Die SPÖ bleibt bei ihrer Forderung nach einer Millionärssteuer und damit einem Beitrag des reichsten Prozents der Österreicher.

FRAUEN

Werden Sie fair entlohnt?

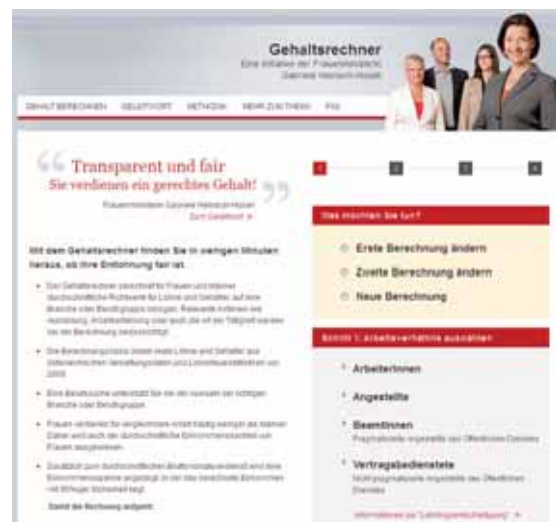
Noch immer verdienen Frauen um ein Viertel weniger als Männer. Drei sozialdemokratische Organisationen sagen der Einkommensschere den Kampf an.

Die SPÖ Frauen, die FSG Frauen und der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband haben eine gemeinsame Kampagne gestartet, „um Frauen Mut zu machen“, wie SPÖ-Frauenvorsitzende, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek betont. „Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehört zum Thema Verteilungsgerechtigkeit auch das Thema Lohngerechtigkeit“, stellte die Frauenministerin bei der Präsentation der Kampagne fest. Herzstück ist die Homepage www.lohngerechtigkeit.at. Der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands, Christoph Matznetter machte klar: „Es geht hier um Artefakte einer rein männlichen Gesellschaft, die immer noch fortlebt, obwohl wir eine formelle Gleichstellung schon länger erreicht haben.“ Die Frauenvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) Elisabeth Vondrasek wies darauf hin, dass man derzeit ganz massiv dabei sei, Kollektivverträge nach Frauenbenachteiligung zu durchforsten. „Manchmal ist das nicht absichtlich in den Köpfen – da muss man da-

rauf aufmerksam machen und den Fokus darauf legen, diese Punkte extra zu verhandeln.“

Gehaltsrechner ist starkes Argument

„Viele Frauen ahnen, dass sie ungerecht bezahlt werden und bringen oft nicht den Mut auf, mehr zu verlangen, oder wissen oft gar nicht, dass sie zu wenig verdienen“, weiß Heinisch-Hosek. Der Gehaltsrechner, den das Frauenministerium mit der Statistik Austria entwickelt hat und der von der 3s Unternehmensberatung umgesetzt wurde, soll Abhilfe schaffen. Mit dem Gehaltsrechner können Frauen – aber auch Männer – in vier einfachen Schritten nachsehen, ob das bezahlte Gehalt auch wirklich fair ist. „Der Online-Rechner ist mehr als eine gute Orientierungshilfe. Er liefert starke Argumente bei Gehaltsverhandlungen und soll eine Orientierung bei der Jobsuche sein“, sagt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. ♦



www.lohngerechtigkeit.at

Die Homepage bietet Arbeitnehmerinnen und Unternehmerinnen eine Plattform. Erfahrungsberichte zu Gehaltsverhandlungen, Frauenportraits, Unternehmensberichte und Aktionstermine sind hier ebenso zu finden, wie ein Link zum Gehaltsrechner der Frauenministerin.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN

Auf Augenhöhe mit den Unis

Mit drei großen Reformpaketen treibt Bildungsministerin Claudia Schmied die Aufwertung der Pädagogischen Hochschulen (PH) voran. Herzstücke der Reform sind neue Studienangebote, mehr Forschung und Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

Mir ist wichtig, dass die Pädagogischen Hochschulen ihr Potenzial weiterentwickeln und auf Augenhöhe mit den Universitäten kooperieren können“, bekräftigt Ministerin Schmied. Damit dieses Ziel erreicht wird, hat die Ministerin ein Dreier-Paket an Reformmaßnahmen vorgestellt, das Schritt für Schritt umgesetzt wird.

Die Reformpakete im Überblick

PAKET 1: Maßnahmen zur Stärkung der Forschungskompetenz – Personalentwicklung (z.B. neues Dienst- und Besoldungsrecht für PH-Lehrende).

PAKET 2: Weiterentwicklung der PH – Neue Studienangebote u.a. im Bereich Individualisierung und Schulmanagement.

PAKET 3: Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung (z.B. durch Eignungsüberprüfungen).

Bereits im Studienjahr 2012/13 werden an zwei bis drei PH-Pilotstandorten neue Studienangebote starten. Außerdem wurde unter Vorsitz des Bildungsexperten Andreas Schnider ein Entwicklungsrat eingerichtet, der die Reformmaßnahmen koordiniert und begleitet. Mehr auf: www.bmukk.gv.at. ♦



Christiandl

Bildungsministerin Claudia Schmied bringt mehr Studienangebote und mehr Forschung an die Pädagogischen Hochschulen.

A-TEC-VERKAUF

Warnung vor Abwanderung wichtiger Headquarter

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter spricht sich dafür aus, die ÖIAG stärker als industriepolitisches Instrument zu nutzen.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert die zuständigen ÖVP-Politiker auf, umgehend Rettungsmöglichkeiten für wichtige Teile der heimischen Industrie mit Hilfe der ÖIAG zu überprüfen und gemeinsam mit der SPÖ in Angriff zu nehmen.



Lehmann



SPÖ und ATB entwickelt energieeffiziente Antriebstechnologien. Dieser drohenden Abwanderung von strategisch und regionalpolitisch bedeutsamen Industriebetrieben im Vorfeld düsterer Konjunkturaussichten muss entgegengewirkt werden.

ÖIAG in Modell mit Beteiligungsszenarien umwandeln

Für den SPÖ-Bundesgeschäftsführer steht fest: Die ÖIAG muss in ein dynamisches, flexibles Modell mit Beteiligungsszenarien umgewandelt werden. Die SPÖ ist seit vielen Monaten zu Verhandlungen bereit, als reine Verwaltung der Staatsanteile für Telekom, Post und OMV ist die ÖIAG jedenfalls sinnlos und hat überdies im Fall Telekom als Kontrollinstanz dramatisch versagt. Dass die ÖIAG offensichtlich als Vertuschungskartell zum Telekomskandal missbraucht werden sollte, sei unerträglich, so Kräuter weiter. Der sich selbst erneuernde Aufsichtsrat, der nicht einmal die Etablierung von Strukturen organisierter Kriminalität unter dem eigenen Dach erkannt haben wollte, müsse sofort durch objektiv ausgewählte Kontrollorgane ersetzt werden. ♦

„Wenn die Beibehaltung der ÖIAG einen Sinn gehabt haben soll, muss die Staatsholding als aktives industriepolitisches Instrument genutzt werden.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Vor Beginn des Verkaufs der Reste des einstigen Milliardenkonzerns A-Tec warnt Kräuter vor Know-how-Verlust bei industriepolitischen Kernkompetenzen und der Abwanderung wichtiger Headquarter. „Ich fordere die zuständigen ÖVP-Politiker auf, umgehend Rettungsmöglichkeiten für wichtige Teile der

heimischen Industrie mit Hilfe der ÖIAG zu überprüfen und in Angriff zu nehmen“, betont der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Mit dem verbliebenen A-Tec-Teil Brixlegg steht ein bedeutsamer Standort für Werkstoff- und Recyclingtechnologien auf dem Spiel. Bei Emco handelt es sich um einen der bedeutendsten Maschinenbauer Österreichs

GESUNDHEIT

„Kinder unterstützen!“

Mit der neuen Kindergesundheitsstrategie soll die gesundheitliche Situation von Kindern in Österreich verbessert werden.

Gesundheitsminister Alois Stöger hat im April 2010 den Kindergesundheitsdialog gestartet. 180 Expertinnen und Experten haben partei- und ressortübergreifend eine Strategie für die Verbesserung der Kindergesundheit in Österreich entwickelt. Das Ergebnis ist die Kindergesundheitsstrategie. „Wir wollen Kinder unterstützen und ihnen zeigen, dass sie einen wichtigen Stellenwert in unserer Gesellschaft haben“, betont der Minister.

Die Kindergesundheitsstrategie beinhaltet u.a. Empfehlungen für die Bereiche



Gesundheitsminister Alois Stöger stellte sich bei der Präsentation des Kindergesundheitsdialogs den Fragen von Schülerinnen und Schülern.

Prävention und psychosoziale Gesundheit. Einige Beispiele: In den Kinderimpfplan werden ab 2012 neue Gratis-Impfungen (gegen Pneumokokken und Meningokokken) aufgenommen. Auch der Ausbau der ambulanten und stationären Rehabilitation für Kinder soll forciert werden. Weiters sollen Arzneimittel in Zukunft auf Verträglichkeit für Kinder besser erforscht werden. Für SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser ist die Strategie als politische Entscheidungsgrundlage „äußerst wertvoll“. ♦

Sachbuch

Speed

Florian Opitz hat sich in seinem Buch auf die Suche nach den Ursachen von Zeitnot und ständiger Beschleunigung gemacht.

Nie zuvor haben wir so effizient gearbeitet und mit immer raffinierteren Technologien Zeit gespart. Gleichzeitig fühlen wir uns aber zunehmend unter Zeitdruck. Deshalb stellt der Autor die Frage: Ist die Technik, die uns eigentlich ein bequemes und gutes Leben verschaffen soll, dabei, uns zu versklaven? Florian Opitz befragte und beobachtete daher Menschen, die sich, jeder auf seine Weise, mit dem rasenden Takt unseres Lebens arrangieren: eine Unternehmensberaterin,

einen Informationsbroker, eine Krankenschwester, eine Pilotin, einen Burnout-Arzt, eine Bergbauernfamilie und viele mehr. So zeichnet er ein eindringliches Bild von den Hoffnungen und der Hilflosigkeit unserer Gesellschaft, etwas Sinnvolles aus der kostbaren Lebenszeit zu machen. Die beispielhaften Geschichten machen bewusst, dass wir es sind, die sich dafür entschieden haben, in dem sich immer schneller drehenden Hamsterrad mitzulaufen. ◆

Politik

Jean Ziegler

Jürg Wegelin schafft es in seiner Biografie über Jean Ziegler, das Bild eines kantigen und darum durch und durch sympathischen Unternehmers zu zeichnen, der sich kein Blatt vor den Mund nimmt.

Erst in diesem Sommer hatte Jean Ziegler wieder für einen Eklat gesorgt. Der streitbare Schweizer Soziologe, als Eröffnungsredner zu den Salzburger Festspielen ein- und dann wieder eingeladen, stellte seine nicht gehaltene Rede auf Youtube und machte die „Schönen und Reichen“ dieser Welt in drastischen Worten für hunderttausendfachen Hungertod in Afrika verantwortlich. Für die einen ist er ein Kämpfer gegen die

Misere der Welt, für die anderen ein einfacher Demagoge. Dennoch füllt er auf seinem Feldzug gegen Hunger und Armut riesige Vortragssäle. Jürg Wegelin gibt einen interessanten Einblick in die Motive eines Mannes, der sich dem Kampf für eine gerechtere Weltordnung verschrieben hat und dessen Zorn auf das „Weltsystem des Raubtierkapitalismus“, wie er zitiert wird, ihn bis heute nicht ruhen lässt. ◆

Sachbuch

Der Angriff

Ulrich Schäfer enthüllt, welchen teuflischen Plan die islamistischen Terroristen tatsächlich verfolgen. Er zeigt, wo wir ansetzen müssen, um den Angriff auf unseren Wohlstand abzuwehren.

Der Wirtschaftsjournalist Schäfer ist sich sicher: Die islamistischen Terroristen wollen unseren Wohlstand zerstören. Im Namen Allahs führt al-Kaida einen Wirtschaftskrieg und zielt damit ins Herz unserer Gesellschaft. Doch auch zehn Jahre nach den monströsen Attacken des 11. 9. 2001 wird diese Gefahr noch immer ignoriert. Schäfer versucht in seinem Buch nachzuweisen, dass al-Kaida zwar vom Glaubenskrieg redet, tatsächlich aber einen

Wirtschaftskrieg gegen den Westen führt. Und das Terrornetz ist dabei erstaunlich erfolgreich. Auch der neue al-Kaida-Chef Aiman al-Zawahiri hat es sich zum Ziel gesetzt, die Amerikaner und Europäer finanziell auszubluten, wenn er sagt: „Auch wenn wir derzeit nicht in der Lage sind, Waffen herzustellen, die mit denen der Kreuzzügler mithalten können, so können wir doch ihr kompliziertes Wirtschaftssystem und ihre Industrie ruinieren.“ ◆

☐ Stk.


Florian Opitz:

Speed. Auf der Suche nach der verlorenen Zeit.

Riemann Verlag,
München 2011; 285 S., 18,50 €

☐ Stk.


Jürg Wegelin:

Jean Ziegler.

Das Leben eines Rebellen.

Carl Hanser Verlag,
München 2011; 188 S., 18,40 €

☐ Stk.


Ulrich Schäfer:

Der Angriff.

Campus Verlag,
Frankfurt am Main 2011;
312 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

MILLIONENAFFÄRE BIRNBACHER

SPÖ fordert Konsequenzen von FPK und ÖVP

Dieter Birnbacher kassierte rund um den Hypo-Verkauf ein Sechs-Millionen-Euro Honorar für ein dubioses Gutachten. 30-fach zu hoch, sagen Rechtsanwälte.

SPÖ Klub



Lückenlose Aufklärung fordern SPÖ-Justizsprecher Jarolim und Landespartei-Chef Kaiser in der Causa Birnbacher.

Rechtsanwalt Frank Schäfer, der das Birnbacher-Honorar genauer unter die Lupe genommen hat, kritisiert zudem, dass überhaupt nicht ersichtlich ist, welche Leistung im Gegenzug erbracht wurde. Der Berater-Auftrag soll zu einem Zeitpunkt ergangen sein, als die Hypo be-

reits verkauft war. Wozu also noch ein Gutachten erstellen?

Ursprünglich sogar 12 Millionen Euro geplant

Anfänglich sollte Birnbacher sogar das

Doppelte, also 12 Millionen Euro, erhalten. Nachdem Kritik laut geworden war, kam es jedoch zu einer Reduktion um die Hälfte. Wogegen sich ÖVP Kärnten-Obmann Josef Martinz gewehrt hat. Ein Umstand, der für SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim und SPÖ Kärnten-Chef Peter Kaiser den Verdacht auf Parteifinanzierung nahelegt. „Hier wurden auf wahrlich abenteuerliche Art und Weise Honorare verrechnet. Und wenn sich jemand dann auch noch vehement gegen eine Honorarreduktion ausspricht, welcher Gedankenschluss bleibt dann übrig?“, so Jarolim.

Klare Konsequenzen gefordert

„FPK und Kärntner ÖVP verhalten sich, als wäre das Land Parteieigentum“, bekräftigt Jarolim. Der Kärntner ÖVP-Landespartei-vorsitzende Martinz muss als Aufsichtsrat der Kärntner Landesholding zurücktreten, fordern Jarolim und Kaiser. ♦

INTERNATIONALER BRUSTKREBSTAG

Prävention kann Leben retten

Pro Jahr erkranken in Österreich rund 5.000 Frauen an Brustkrebs, 1.500 Todesopfer werden registriert. Durch systematische Früherkennung könnte die Sterblichkeitsrate um 30 Prozent reduziert werden.

Der Brustkrebs ist keine seltene Krankheit. „Brustkrebs ist eine Volkskrankheit, da statistisch jede achte Frau im Laufe ihres Lebens damit rechnen muss zu erkranken“, betont SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Aufklärung und Vorsorge ist daher umso wichtiger. Wir müssen „Frauen auf diese Krankheit aufmerksam machen und motivieren, zur Vorsorgeuntersuchung zu gehen“, so Wurm. Schützenhilfe bekommt sie dabei von Gesundheitsminister Alois Stöger, der bei einer anderen Veranstaltung erklärte: „Gerade bei Brustkrebs sind eine richtige Vorsorge und Früherkennung wichtige Voraussetzung für einen Heilungserfolg.“

Ab 2013 startet daher ein nationales Brustkrebs-Früherkennungs-Programm.

Jede Frau zwischen 45 und 69 Jahren – als Hauptbetroffene die Zielgruppe des Programms – wird dann alle zwei Jahre eine schriftliche Einladung zu einer Mammographie-Untersuchung erhalten. Diese Einladung gilt gleichzeitig als Überweisung. Besonders schwer zu erreichende Zielgruppen, wie sozial benachteiligte Frauen, Frauen mit Migrationshintergrund oder Frauen, die selten oder nie medizinische Vorsorgeleistungen in Anspruch nehmen, sollen dadurch angesprochen werden. Klar ist, dass Betroffene mit einer hochprofessionellen Untersuchung rechnen können. Bei der Qualität der Untersuchungen wurden einige Verbesserungen erreicht. „Neue Qualitätsstandards in den Therapiezentren und die Doppelbefundung durch zwei Radiologen wurde eingeführt“, erklärt Wurm. ♦



SPÖ Klub

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm präsentiert bei der Podiumsdiskussion „Brustkrebsvorsorge in Österreich“ Maßnahmen im Kampf gegen Brustkrebs.



WELTTIERSCHUTZTAG

Schluss mit dem Tierleid

SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck und Jörg Leichtfried, SPÖ-EU-Delegationsleiter fordern tierfreundlichere Haltungs- und Transportbedingungen.



Bewegungsfreiheit und Tageslicht: Ein Leben, von dem zigtausende, in Kastenständen gehaltene Sauen nur träumen können.

Fotolia

schutzsprecher Dietmar Keck unterstützt diesen Kampf für tierfreundlichere Haltungsbedingungen. Denn für Keck steht fest: „Die Kastenhaltung ist eine inakzeptable Beeinträchtigung von Lebewesen.“ In dem Zusammenhang erinnert Keck an das bundesweite Verbot von Käfighaltung für Hühner, das auch Alois Stöger umgesetzt hat.

Leichtfried für kürzere Transportdauer von Tieren

„Obwohl die Gesetzgebung bezüglich des Tierschutzes nach wie vor den Nationalstaaten obliegt, gibt es doch einige wichtige Teilbereiche, in denen die Europäische Union handeln könnte, wie beispielsweise die Tiertransporte“, betont Jörg Leichtfried, Vizepräsident der Animal Welfare Inter-group im Europäischen Parlament. Er ver-

weist darauf, dass noch immer Tiere tagelang quer durch Europa transportiert werden können, wenn die Frächter Mindeststandards sicherstellen und dies, obwohl die Kommission eine Empfehlung herausgegeben hat, die besagt, dass Tiertransporte so kurz wie möglich ausfallen sollen. „Um unnötiges Tierleid zu vermeiden, brauchen wir endlich zeitliche Obergrenzen bei Tiertransporten, die nicht umgangen werden können“, betont Leichtfried. ♦

Obergrenzen bei Tiertransporten: Acht Stunden sind genug!

Unter www.8hours.eu können Unterstützungserklärungen abgegeben werden. Ziel ist es, eine Million Unterschriften zu sammeln, um eine klare Botschaft an die verantwortlichen EU-Politiker zu senden.

PETITIONEN

Bürgerbeteiligung gestärkt

Petitionen und Bürgerinitiativen können ab sofort online unterstützt werden.



Tritt für mehr Bürgerbeteiligung ein: SPÖ-Petitionssprecherin Rosa Lohfeyer.

Unterstützung und der Mitsprache“, so Lohfeyer. ♦

Webtipp: Petitionen und Bürgerinitiativen können nun auf der Parlamentsseite unterstützt werden:
www.parlament.gv.at/PAKT/BB

JUSTIZ

Kampf gegen die Mafia

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier und Mitglieder des Justizausschusses trafen Mafiajägerin Laura Garavini.



Die von Laura Garavini (2. von links) initiierte Antimafia-Bewegung wurde zum Vorbild für den europaweiten Kampf gegen die Mafia.

Im Rahmen ihres Österreich-Besuchs traf sich die italienische Juristin, Europaabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Demokratischen Partei im Antimafia-Ausschuss des Europäischen Parlaments, Laura Garavini mit den SPÖ-Abgeordneten Johann Maier, Sonja Steißl-Mühlbacher und Hannes Fazekas. Thema der Gespräche war der internationale Kampf gegen die Mafia. Laura Garavini begann ihren Kampf gegen die Mafia in Berlin, nachdem die italienische Mafia in Duisburg 2007 ein Blutbad unter italienischen Gastronomen angerichtet hat. Bereits nach kurzer Zeit schlossen sich zahlreiche bekannte Gastronomen der von Garavini gegründeten Initiative an und lösten damit die größte Antischutzgeld-Rebellion außerhalb Italiens aus. ♦

BURGENLAND

Für Studieren ohne soziale Hürden



Keine Studiengebühren an den Fachhochschulen und eine breite Palette an Förderungen – Das Burgenland ist ein Musterbeispiel für das Studieren ohne soziale Schranken.

„Studieren darf nicht zum Privileg für Kinder wohlhabender Eltern werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Studieren ohne soziale Hürden möglich ist“, sagt Christian Illedits, Klubobmann der SPÖ-Burgenland. Das Burgenland wird eine völlig studiengebührenfreie Zone bleiben und stärkt Studierenden mit Förderangeboten den Rücken.

Damit trägt das Burgenland dazu bei, auch jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien den Universitätszugang zu ermöglichen, so Illedits. Das Land för-



Fachhochschulen ohne Studiengebühren:
Damit übernimmt das Burgenland eine Vorreiterrolle in Sachen freier Hochschulzugang.

dert 50 Prozent der Semesterticket-Kosten, die Mehrheit der SPÖ-Gemeinden steuert ebenfalls 50 Prozent bei. „Die Förderung führt dazu, dass Studierende ihren Hauptwohnsitz im Burgenland behalten. Damit verhindern wir die Abwanderung junger, qualifizierter Menschen“, so der Klubobmann. 2010 wurde auch das Auslandsstipendium in der Höhe von 600 Euro pro Semester eingeführt.

FH Burgenland

Spitzenposition bei FH-Studierendenquote

Der Verzicht auf die Einführung von Studiengebühren an den burgenländischen Fachhochschulen hat dem Burgenland bereits eine Spitzenposition in Österreich eingebracht. Mit einer FH-Studierendenquote von 5,3 Prozent liegt das Burgenland im Spitzenfeld. „Das beweist, dass ein gebührenfreier Zugang den Bildungsstandort deutlich voranbringt“, unter-

streicht Illedits. Er fordert daher das Ende der Studiengebühren-Debatte: „Die Hochschulen müssen endlich mit einem angemessenen Budget ausgestattet werden. Auch der Ansturm deutscher Studierende darf nicht durch eine neue ‚Bildungssteuer‘ für alle beantwortet werden. Vielmehr muss sich Wissenschaftsminister Töchterle endlich für Ausgleichszahlungen Deutschlands einsetzen.“ ♦

NIEDERÖSTERREICH

Mehr Polizisten gefordert



„Die von Landeshauptmann Pröll angekündigten Polizisten gibt es nur auf dem Papier“, kritisiert SPÖ-NÖ Landesgeschäftsführer Günter Steindl.

„Wenn VPNÖ-Vorsitzender Pröll und seine Innenministerin kundtun, dass es in den nächsten drei Jahren in Niederösterreich 620 Polizistinnen und Polizisten mehr geben soll, dann ist das ein Wunschdenken, das nicht realisierbar ist“, betont SPÖ NÖ Landesgeschäftsführer Günter Steindl. Er weist darauf, dass bislang die Ausbildungslehrgänge und Planposten nicht ausreichend waren, um die Lücke zu schließen, die bis 2013 durch Pensionierungen entstehen wird. 225 neuen Beamten stehen 400 Pensionierungen gegenüber. Für

die SPÖ-NÖ steht daher fest: Jetzt sind Pröll und Mikl-Leitnergefordert, dafür zu sorgen, dass NÖ mehr Polizisten erhält, damit die Sicherheit der Bevölkerung auch künftig gewährleistet bleibt. ♦

SPÖ NÖ



SPÖ-NÖ LGF Günter Steindl fordert: Schluss mit Alibihandlungen und Zahlenspielen.

STEIERMARK

Im Zeichen des Ehrenamts



Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves und sein Vize Hermann Schützenhöfer prämierten die Sieger des Wettbewerbs „Zukunftsgemeinde Steiermark – Ehrenamt des Jahres“.

Aus über 350 Nominierten wurden von einer fachkundigen Jury die Sieger dieses vom steirischen Volksbildungswerk vor sechs Jahren ins Leben gerufenen Wettbewerbs gekürt. Landeshauptmann Franz Voves unterstrich in seinen Grußworten: Es „sind an die 300.000 Steierinnen und Steirer in irgendetwas ehrenamtlich tätig. Das ist ein unverzichtbarer Beitrag für die Allgemeinheit.“ Eine unabhängige Jury hat aus 437 Einreichungen je drei Preisträger in vier Kategorien ausgewählt. Neben besonderem Engagement rund um die eigene Gemeinde gab es Auszeichnungen für Verdienste um die Volkskultur, Tätigkeit bei Blaulichtorganisationen und eine spezielle Ehrung für das Lebenswerk. ♦



LH Voves, LH-Vize Schützenhöfer und Volksbildungswerk-Obm. Jungwirth mit den Ausgezeichneten der Kategorie „Lebenswerk“.

SPÖ Stmk

SOZIALISTISCHE JUGEND

Reiche müssen zahlen!



Mit kreativen Aktionen macht die Sozialistische Jugend (SJ) auf ihre aktuelle Kampagne „Reiche müssen zahlen“ aufmerksam und beweist dabei ironisches Gespür.

Derzeit ist die SJ mit ihrer Kampagne im Burgenland unterwegs. Den Auftakt der Tour bildete ein Sekt-Empfang in Oberwart. Vor der Pestsäule am Hauptplatz hielten die Aktivistinnen und Aktivisten Schilder mit Aufschriften wie „Geiz ist geil!“ oder „Gagenglück statt Geld zurück“ in die Kameras. Ziel der Aktion war es, auf ironische Art und Weise für die rasche Einführung einer Millionärssteuer zu werben. Kilian Brandstätter, Vorsitzender der SJ Burgenland, zur Aktion: „Reiche müssen endlich ei-



Von Superreichen wie Alfons Mensdorff-Pouilly fordern SJ-Aktivistinnen und Aktivisten im Burgenland auf ironische Art und Weise einen gerechten Beitrag.

nen gerechten Beitrag leisten, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gegenzug entlastet werden können“. Es könne nicht sein, dass die Kosten der Finanzkrise auf dem Rücken von Ju-

gendlichen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Pensionistinnen und Pensionisten abgewälzt werden, sagt Brandstätter. Ein Herzstück der Kampagne ist ein Riesen-Plakat, von dem die Gesichter von „Waffen-Graf“ Alfons Mensdorff-Pouilly, Esterhazy-Betriebs-Geschäftsführer Stefan Ottrubay und Baumeister Richard Lugner herunterlachen. Darüber steht die Aufschrift: „Reiche müssen zahlen!“ Die Stoßrichtung dabei ist klar: Reichtum, der besteuert werden kann, gibt es genug. Brandstätter verweist auch auf Umfragen, die zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine Vermögenssteuer begrüßt: „Kein Mensch glaubt, dass eine Millionärssteuer von 0,3 bis 0,7 Prozent den Mittelstand belastet.“

WIEN

Respekt. Ja, bitte!



Das Zusammenleben in Wien funktioniert gut. Aber natürlich könnte es noch besser sein. Die Wiener Sozialdemokraten haben daher eine Kampagne für mehr Respekt im täglichen Miteinander gestartet.

Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz sind unverzichtbar für ein friedliches Miteinander. „Wir stellen diese Basis für das gute Zusammenleben in der Stadt in den Mittelpunkt unserer Kampagne und wollen damit Bewusstsein für ein noch besseres Miteinander schaffen“, informiert der Wiener SPÖ-Landesparteiensekretär, LAbg. Christian Deutsch über die Kampagne „Respekt. Ja, bitte!“, die auch zum mitmachen einlädt. Alle Wiener sind aufgerufen, ihre Erlebnisse oder Schnappschüsse mit dem „Respekt. Ja, bitte!“-Logo an die Wiener SPÖ zu schicken. Unter allen Einsendungen werden ein iPad und weitere tolle Preise verlost.



Mehr Infos zur aktuellen Kampagne der Wiener SPÖ unter www.wien.spoe.at

PVÖ

Verband mit großer Bedeutung



Laut aktueller IMAS-Umfrage ist der PVÖ für 38 Prozent der Österreicher die bedeutendste Organisation des Landes.

Insgesamt befindet sich der Pensionistenverband Österreichs damit unter den Top drei der wichtigsten Organisationen. „Es ist sehr erfreulich zu sehen, dass unsere Arbeit in der Bevölkerung als so bedeutend wahrgenommen wird“, sagt Pensionistenverbands-Generalsekretär Andreas Wohlmuth zu der Umfrage des Linzer Meinungsforschungsinstituts IMAS. 1.000 Personen ab 16 Jahren wurden für die Studie „Der Stellenwert von Organisationen“ befragt. „Die Menschen registrieren unser starkes Engagement“, so Wohlmuth, der sich bei den 1.750 Ortsgruppen und den über 10.000 PVÖ-Funktionären für ihre Arbeit bedankt.



„Das Ergebnis spornt uns an“, sagt Pensionistenverbands-Generalsekretär Andreas Wohlmuth zur IMAS-Umfrage.



Zinner

Unser Denken darf nicht an der Gemeindegrenze aufhören

2013 werden neun von zehn Gemeinden nicht mehr ausgeglichen bilanzieren können. Deshalb muss über Einsparungen bei gleichbleibendem Leistungspotenzial für die Bürgerinnen und Bürger nachgedacht werden. Einiges spricht für Gemeindezusammenlegungen.



Der Name von Orten soll bei Zusammenlegungen jedenfalls erhalten bleiben.

Mich würde es nicht stören, wenn meine Heimatgemeinde mit anderen Gemeinden kooperieren würde. Wenn dadurch Geld eingespart wird und sinnvolle Investitionen möglich werden, dann soll mir das recht sein. Nur den Namen unserer Gemeinde will ich nicht gegen einen anderen eintauschen. Das ist schließlich ein Stückchen Identität“, spricht ein Bewohner einer kleinen Gemeinde im Süden Niederösterreichs das aus, was laut OGM-Studie 61 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher denken. Denn: Ohne weitreichende Reformen, die Einsparungspotenzial bringen

„Ohne weitreichende Reformen, die Einsparungspotenzial bringen und die Finanzkraft der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken, wird es in Zukunft nicht gehen. Soviel steht fest.“

und die Finanzkraft der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken, wird es in Zukunft nicht gehen. Soviel steht fest. Doch während sich die ÖVP stets offiziell und ganz vehement gegen Gemeindezusammenlegungen ausgesprochen hat, werden hinter den Kulissen bereits konkrete Pläne geschmiedet. Wie sonst wäre es zu erklären, dass Gemeindebund-Präsident Mödlhammer plötzlich moderatere Töne anschlägt und nicht mehr als absoluter Gegner von Zusammenlegungen auftritt! Oder, dass auf der Homepage des Landes Niederösterreich Antragsformulare zur Förderung von Gemeindekooperationen und -fusionierungen erhältlich sind! Das Denkverbot dürfte somit ein Ende gefunden haben. Jetzt geht es nicht mehr um ein „ob“, sondern um ein „wie“.

Unser Modell sieht vor, dass die Bezirke mit einem Statut ausgestattet werden. Das würde bedeuten, dass die Orte mit ihrem Namen, den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen erhalten bleiben, dass aber die Magistrate für diesen Bezirk als Verwaltungseinheit zuständig würden. Die/Der Bür-

germeister/in der Bezirkshauptstadt würde demnach zur/zum „Oberbürgermeister/in“ und somit höchste Behördeninstanz als Bezirksverwaltungsbehördenleiter. Somit würde eine Doppelgleisigkeit von Magistraten und Bezirkshauptmannschaften der Vergangenheit angehören. Zudem wäre das neue Modell demokratischer, werden doch die Bezirkshauptleute in Regionen ohne Statut derzeit nicht gewählt, sondern vom Landeshauptmann bestellt.

Verschließen wir vor der Realität nicht die Augen, Studien belegen, dass bereits 2013 nahezu 90 Prozent aller Gemeinden nicht mehr ausgeglichen bilanzieren werden können. Das werden natürlich in erster Linie die Menschen, die in diesen Kommunen leben, zu spüren bekommen. Deshalb brauchen wir eine Alternative – und diese heißt freiwillige Gemeindezusammenlegung. Dass dies bestens funktionieren kann, belegt das Beispiel Dänemark. Wir müssen nun den Mut aufbringen, diese Reformen gemeinsam mit den Menschen anzugehen. Unser Denken darf einfach nicht an der Gemeindegrenze aufhören! ♦

Bernhard Müller ist seit 2005 Bürgermeister von Wiener Neustadt, er ist Bundesvorsitzender des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ sowie Mitglied in der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes. Siehe auch: www.kommunalpolitik.at

In der aktuellen dritten Projektphase werden Projektideen, die von „Österreich 2020“-Arbeitsgruppen vorgeschlagen wurden, auf ihre Akzeptanz und auch auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten geprüft. In zielgruppenspezifischen Fokusgruppen und Umfragen wird abgefragt, zu welchen Themen Interesse und

auch Bedarf besteht. Gemeinsam mit Partnern in Ländern und Kommunen werden darauf aufbauend konkrete Vorschläge im Detail erarbeitet. Ziel ist es, die Projektideen an interessierte und engagierte Personen zur Umsetzung zu „übergeben“ und zu begleiten. Insgesamt werden Inputs aus den „Österreich

2020“-Veranstaltungen, den Online-Foren und beteiligungsorientierten Konsultationen laufend in den Prozess eingearbeitet. Die Ergebnisse aus den Themenkreisen und aus den Projekten werden 2012 – im Rahmen der vierten Phase – zu unterschiedlichen Anlässen öffentlich präsentiert. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 10. 10.

„WoMen serving together im Österreichischen Bundesheer“

Zahlreiche Gesetzesänderungen waren erforderlich, um 1998 die Öffnung der militärischen Berufe im Österreichischen Bundesheer für Frauen zu ermöglichen. Seither haben mehrere hundert Frauen eine Karriere als Soldatin auf Zeit oder als Berufssoldatin eingeschlagen und ihre Ausbildung zum Unteroffizier bzw. ihre akademische Ausbildung zum Offizier im Bundesheer abgeschlossen. Ziel dieser Veranstaltung ist es, die Kultur und die Wertschätzung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern im Bundesheer zu vertiefen. Neben zahlreichen anderen Militärexperten wird Verteidigungsminister Norbert Darabos zu diesem Thema referieren. Anmeldung unter:

Veranstaltung08@parlament.gv.at

Beginn: 16.00 Uhr

Parlament, Lokal VI,

Dr. Karl Renner-Ring 3,
1010 Wien

Dienstag 11. 10.

„Sechstes Wiener NobelpreisträgerInnenseminar“

Seit 2006 versammelt das „Wiener NobelpreisträgerInnenseminar“ Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger aus den Fachgebieten Physik, Chemie, Medizin, Wirtschaft und Friedenspolitik. Die Wissenschaftler präsentieren ihre Forschungsarbeit in Vorträgen, Diskussionen und Expertengesprächen. Das Seminar richtet sich sowohl an Wissenschaftler und Forscher als auch an Politiker, Unternehmer und die breite Öff-

entlichkeit. Die heurigen Laureaten, die ihre Themengebiete vorstellen werden, sind die vier Physik-Nobelpreisträger Albert Fert, Theodor Hänsch, Gerardus 't Hooft und George F. Smoot.

Beginn: 17.15 Uhr

Festsaal, Wiener Rathaus,
Lichtenfelsgasse 2, Feststiege 1,
1010 Wien

Mittwoch, 12. 10.

„Internet und Demokratie in Europa“

Das Internet hat die Gesellschaft verändert und ist aus dem modernen Leben nicht mehr wegzudenken. Als Massenmedium hat es die Beziehung zwischen Politik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern neu definiert. Welche Möglichkeiten, Chancen und Risiken das Internet für die Demokratie in Europa bietet, darüber referieren Sir Tim Berners-Lee, Begründer des World Wide Web und Anke Domscheit-Berg, Expertin für Open Government. Anmeldung unter:

veranstaltung20@parlament.gv.at

Beginn: 16.00 Uhr

Parlament, Sitzungssaal des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3,
1010 Wien

Freitag, 14. 10.

„So geht es nicht weiter! – Stéphane Hessel im Gespräch mit Michael Kerbler“

Der Franzose Stéphane Hessel, der mit seinem schmalen Buch „Empört euch!“ im Jahr 2010 einen Bestseller erzielte, ruft mit seinem

neuen Buch „Engagiert euch!“ erneut zu einem kraftvollen Aufbruch, adressiert vor allem an die europäische Jugend, auf. Hessel, der sich während der Nazi-Zeit der französischen Résistance anschloss und später auch ins KZ Buchenwald deportiert wurde, hat nach dem Krieg an der Entstehung der Charta der Menschenrechte mitgewirkt und sich jahrzehntelang als Diplomat in der UNO für globale Themen eingesetzt.

Anmeldung unter:

veranstaltung16@parlament.gv.at

Beginn: 18.00 Uhr

Parlament, Sitzungssaal des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3,
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfotos: Thomas Lehmann
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.facebook.com/hansniessl

Facebook-Pionier Hans Niessl

Als einer der ersten SPÖ-Spitzenpolitiker hat der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl das Web 2.0 in seine tägliche Arbeit eingebaut: Seit rund zwei Jahren ist er mit einer eigenen Seite auf der Social-Web-Plattform vertreten. Unter dem Motto „Wer den Jungen keine Chance gibt, verspielt unsere Zukunft“ tritt der Landeshauptmann in direkten Kontakt mit den Facebook-Usern. Interaktion mit seinen – inzwischen über

3.800 – Fans wird bei Hans Niessl groß geschrieben. Neben täglichen (Foto-)Updates aus dem beruflichen und privaten Leben des Landeshauptmanns werden laufend Veranstaltungstipps mit Burgenland-Bezug veröffentlicht. Daneben werden regelmäßig Eintrittskarten für verschiedenste Events im Land verlost – vom Regionalliga-Fußballmatch bis hin zum internationalen Rock-Festival. ♦



Hautzinger



Solidarität gezeigt

Für Brustkrebsvorsorge werben und Solidarität mit betroffenen Frauen zeigen – das ist das Ziel der „Pink Ribbon“-Kampagne. Als sichtbares Zeichen wurden vor dem Parlament 5.000 rosarote Luftballons steigen gelassen. Mit dabei waren u.a. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Gesundheitsminister Alois Stöger.



BMLV



Truppen besucht

Verteidigungsminister Norbert Darabos war auf Truppenbesuch im Kosovo, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Österreich stellt derzeit rund 600 Soldaten im Kosovo und ist damit der größte Nicht-NATO-Truppensteller.

Hautzinger



Preise verliehen

Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild mit Preisträgerinnen und Preisträgern) hat vor kurzem an 11 Künstlerinnen und Künstler den „outstanding artist award“ verliehen. „Mit ‚outstanding11‘ präsentieren wir die Vielfalt der zeitgenössischen Kunst aus Österreich“, sagte die Ministerin bei der Verleihung.



HBf

Kooperationen beraten

Bundeskanzler Werner Faymann (im Bild mit Polens Premierminister Donald Tusk und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy) nahm vor kurzem am EU-Gipfel zur Ostpartnerschaft in Warschau teil. Die Teilnehmer berieten über Kooperationen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Handel.